

# Ausstellung über Militärjustiz

Emder Landesmuseum stellt die Gerichtsbarkeit des Zweiten Weltkrieges in Vordergrund

**Emden.** Im Rahmen der Emdener Friedenstag und der Ausstellung „Was damals Recht war“ im Landesmuseum hat der Bremer Günter Knebel ausführlich referiert. Dabei ging es vor allem um die Hintergründe der Entstehung der Ausstellung sowie den Aufgaben des seit 2013 im Allgäu existierenden Gerichtsstandes für Soldaten im Auslandseinsatz.

Nachdem 1920 die Militärgerichtsbarkeit abgeschafft worden war, wurde sie 1936 von den Nationalsozialisten wieder ins Leben berufen. Hundert-

tausende Wehrmachtangehörige wurden damals vor Gericht gestellt. 30 000 Todesurteile verhängt - davon etwa 20 000 vollstreckt. Die Ausstellung im Emdener Landesmuseum beschäftigt sich nun mit einem detaillierten Überblick über die Unrechtsurteile, die von den Nazis gesprochen wurden.

Aufgrund der Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges sollte es nach 1945 keine Militärgerichtsbarkeit mehr geben. Doch schon Anfang der 50er Jahre gab es Bestrebungen

um die Neugründung dieser Justiz. Bis 2013 konnte die Gründung verhindert werden. Dann aber gründete sich für im Ausland stationierte Soldaten aus Deutschland ein Sondergericht.

Die Aufgaben des Gerichts sind weiterhin unklar, denn bei Straftaten, die gegen das Völkerrecht verstoßen, ist noch immer der Generalbundesanwalt zuständig. Kleine Straftaten werden von zivilen Gerichten geahndet. Auch die Bundesregierung wüsste nicht genau, was im Sondergericht im

Allgäu verhandelt werde, so Johanna Adickes vom Friedensforum Emden. „Wir warten auf eine Antwort“, sagte Adickes.

In einer anschließenden Diskussionsrunde wurden viele kritische Fragen gestellt und Bedenken der Zuhörer geäußert. Auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der zunehmenden Kriegsbeteiligung sei dies eine gefährliche Entwicklung, so der Referent. Es seien Strukturen geschaffen worden, die verhängnisvolle Urteile hervorbringen könnten. red

*Emder Zeitung*

*28. 10. 2016*